

Katharina Kern

**Politische Ordnungs-  
konstruktion in den  
neuen Bundesländern**

Transzendenz und Gemeinsinn in  
ostdeutschen Nachwendediskursen



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Politik

Band 202

Katharina Kern

# Politische Ordnungskonstruktion in den neuen Bundesländern

Transzendenz und Gemeinsinn in  
ostdeutschen Nachwendediskursen



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Dresden, TU, Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8044-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-2433-3 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meiner Familie*



# Inhaltsverzeichnis

1	Ostdeutschland und die Konstruktion politischer Ordnung	13
1.1	„Ein langsames Bohren von harten Brettern“	13
1.2	Forschungsfrage und Relevanzbegründung	18
1.3	Überblick über den Forschungsstand	22
1.3.1	Ostdeutschland als Forschungsgegenstand: Bestandsaufnahme und Systematisierung	23
1.3.2	Diskursanalytische Studien zu Ostdeutschland	53
1.4	Aufbau und Grenzen der Arbeit	55
2	Politische Ordnungskonstruktion und ihre Analyse	59
2.1	Die soziale Konstruktion von Wirklichkeit: Theoretische Grundlagen	62
2.2	Die Allgemeine Ethnomethodologie: theoretischer Rahmen der Ordnungsanalyse	67
2.2.1	Konzepte zur Konstruktion (politischer) Wirklichkeit	67
2.2.2	„Politics of reality“: die Praxis politischer Wirklichkeitskonstruktion	74
3	Transzendenz und Gemeinsinn als ordnungskonstitutive Ressourcen	79
3.1	Transzendenz als analytische Kategorie	79
3.1.1	„Transzendenz im Supermarkt“: Bedeutungsvielfalt und Begriffsgeschichte	79
3.1.2	Transzendenzdimensionen in der politikwissenschaftlichen Forschung	83
3.1.3	Operationalisierung von Transzendenz	91
3.1.3.1	Handlungsmotivierende Transzendenzbezüge	92
3.1.3.2	Sinnerzeugende Transzendenzbezüge	94
3.1.3.3	Unverfügbarkeit behauptende Transzendenzbezüge	95

3.2	Gemeinsinn als analytische Kategorie	98
3.2.1	Gesunder Menschenverstand und gesellschaftliches Engagement: Die Geschichte des Gemeinsinnsbegriffs	98
3.2.2	Operationalisierung von Gemeinsinn	103
3.2.2.1	Sinn der und Sinn für die Ordnung aufzeigende Gemeinsinnsverweise	104
3.2.2.2	Zur Aufrechterhaltung der gemeinsamen Ordnung animierende Gemeinsinnsbezüge	105
3.3	Unverfügbarkeit behauptende historische Narrative und (Gründungs-) Mythen	105
3.4	Symbolisierung von Transzendenz- und Gemeinsinnskonstrukten	107
4	Theoriegeleitete Ableitung eines Methodendesigns: Die Verbindung von Ethnomethodologie und Diskursanalyse	110
4.1	Die Diskursanalyse als „Werkzeugkasten“	110
4.1.1	Was sind Diskurse?	111
4.1.2	Diskursanalyse als Forschungsprogramm	115
4.2	Wissenssoziologische Diskursanalyse und Ethnomethodologie: Eine fruchtbare Verbindung?	120
4.3	Methodisches Vorgehen	124
5.	Transzendenz- und Gemeinsinnsreurse in ostdeutschen Nachwendediskursen: Eine Analyse der Landtags- und Alterspräsidentenreden	133
5.1	Unverfügbare politische Narrative und (Gründungs-) Mythen der neuen Bundesländer	134
5.1.1	„Wir sind die Helden!“ Die friedliche Selbstbefreiung der DDR-Bürger in der ersten erfolgreichen deutschen Revolution	136
5.1.2	(erneuter) Aufbruch ins gelobte Land: Die Wiederentdeckung demokratischer Tradition	143
5.1.3	Anderssein als Privileg – die neue ostdeutsche Avantgarde	151
5.1.3.1	Zuschreibungsdiskurse und Identitätsbildung	151
5.1.3.2	Ostdeutsche Gegendiskurse	155

5.2	Symbolisierungen von Transzendenz und Gemeinsinn in ostdeutschen Landtagsgebäuden	163
5.1.1	Neubaudiskurse	165
5.1.2	Symbolische Neuinterpretation historischer Bauwerke	174
5.1.3	Auf Transparenz setzende Symbolik: Plenarsäle ostdeutscher Landtage	177
5.1.4	Bürgerfoyers als Orte des Austauschs und der Begegnung	181
5.3	Unverfügbarkeit behauptende Transzendenzreurse	183
5.3.1	Unverfügbare historische Zwänge	185
5.3.1.1	„Unrecht hat kein Verfallsdatum“ – Unrechtsstaat DDR und die moralische Pflicht zur Aufarbeitung	185
5.3.1.2	Ohne Alternativen: Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes	199
5.3.1.3	Erinnerungswende: Die Unverfügbarstellung des nationalsozialistischen Erbes	201
5.3.2	Unverfügbare ordnungspolitische Grundlagen und Werte der ostdeutschen Länder	205
5.3.2.1	Ostdeutscher Landesverfassungspatriotismus: Die Unverfügbarstellung der Landesverfassungen als Grundlage des demokratischen Gemeinwesens	205
5.3.2.2	Die Sakralisierung „direkter Demokratie“ als Erbe der Friedlichen Revolution	213
5.3.2.3	Soziale Marktwirtschaft: Heilsbringer und Sündenbock	218
5.4	Handlungsmotivierende Transzendenzbezüge	224
5.4.1	Grenzen überwinden: Die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas	226
5.4.1.1	„Nun muss zusammenwachsen, was zusammengehört“	226
5.4.1.2	Ostdeutschland in der Mitte Europas	231
5.4.2	Entwicklung einer lebendigen und starken Demokratie in Ostdeutschland	235
5.4.2.1	Die Kultur des Runden Tisches als Leitmotiv	235
5.4.2.2	Vertrauen in Politik und Politiker (zurück)gewinnen	243

5.4.1.3	Demokratie lebt vom Mitmachen – von der Zuschauerdemokratie zur Bürgergesellschaft	249
5.4.3	Blühende Landschaften und Bleibeperspektiven	251
5.4.3.1	Auswege aus der Alimentation	251
5.4.3.2	Die Jugend als Projektionsfläche visionärer Landschaften	255
5.5	Sinnerzeugende Transzendenzbezüge	259
5.5.1	Freiheit als Sinn von Systemwechseln	261
5.5.2	„Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ – Gerechtigkeit und Gleichheit als ostdeutsche Grundwerte	266
5.5.3	„Deutschland einig Vaterland“ – Nation und Patriotismus im ostdeutschen Diskurs	270
5.5.4	Gottlosigkeit im Osten	275
5.5.5	Arbeit, Leistung und Würde	281
5.6	Gemeinsinn in den neuen Bundesländern	288
5.6.1	Aktivierende und handlungsmobilisierende Gemeinnsverweise	288
5.6.1.1	Solidarität mit den „Wendeverlierern“	290
5.6.1.3	„Wir sind ein Volk! Und ihr seid ein anderes.“ Ostdeutsche Identität, Identitätsverlust und Gemeinsinn	294
5.6.2	„Blinde Flecken“ ostdeutschen Gemeinsinns	301
5.6.2.1	„Jeder hat jetzt mit sich selbst zu tun“ – fehlendes politisches Engagement in ostdeutschen Bundesländern	301
5.6.2.2	Individualisierung und soziale Kälte	305
5.6.2.3	Vertrauen und Vertrauensverlust	307
5.6.2.4	Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und -populismus in Ostdeutschland	313
5.6.3	Der gemeinsame Sinn ostdeutscher politischer Ordnungskonstruktion	322
5.6.3.1	Vom Sinn der parlamentarischen Demokratie in Deutschland	324

5.6.3.2	Institutionenverständnis in ostdeutschen Diskursen	327
6	Was politische Ordnungen „im Innersten zusammenhält“: Eine Bilanz	336
6.1	Politische Ordnungskonstruktion verstehen: Theoretischer und methodischer Mehrwert sowie mögliche Anschlussstellen	336
6.2	„Wer sind diese Ostdeutschen?“ – zentrale empirische Befunde aus ordnungsgenerierenden Diskursen	345
6.1.1	Das Erbe der Revolution: Diskurse zwischen revolutionärem Vermächtnis, demokratischem Anspruch und bundesdeutscher Wirklichkeit	353
6.1.2	Diskurswenden der 2000er Jahre	361
6.1.3	„Wir sind doch endlich wieder wer, oder?“: Die Ostdeutschen als „neuer Typus der Moderne“	364
7	Literatur	369



# 1 Ostdeutschland und die Konstruktion politischer Ordnung

## 1.1 „Ein langsames Bohren von harten Brettern“

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß.“<sup>1</sup> Die Handwerksmetapher aus Max Webers „Politik als Beruf“ ist die mit Abstand am häufigsten zitierte Redewendung ostdeutscher Alters- und Landtagspräsidenten. In der Forschungsliteratur wird sie es als Zeichen des Weberschen Reformismus gedeutet, bei dem vor allem die Geduld im Vordergrund steht.<sup>2</sup> Da das „Bohren“, so Kari Palonen, auf eine Aktivität hinweise, die Löcher bzw. Durchbrüche hervorbringe, sei diese auf das Öffnen von Schranken, auf das Überwinden von Hindernissen und auf Wandel gerichtet. Es eröffne dem Handeln neue Horizonte, die man nicht im Detail voraussehen oder kontrollieren könne.<sup>3</sup> Bernhard Vogel, Thüringer Ministerpräsident und zugleich Alterspräsident der zweiten und dritten Wahlperiode, greift das Zitat des Erfurters Weber auf und wünscht sich von den Parlamentariern der zweiten Wahlperiode vor allem den Mut für Veränderung, neue Ideen und Visionen: „Lassen Sie uns die Tagesprobleme lösen, aber lassen Sie uns auch Orientierung für die Zukunft geben. Überall ist heute Bewegung, aber häufig mangelt es an Richtung und Ziel.“<sup>4</sup> Derselbe Redner zeigt in der dritten Wahlperiode – abermals mit Verweis auf das Weberische Zitat – die zu erreichenden Ziele auf: „Leidenschaft und Augenmaß wird dieser 3. Landtag brauchen. [...] Es geht darum, dass der Freistaat Thüringen auf die Beine kommt. Es geht darum, dass wir die noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West überwinden. Es geht darum, vielen Menschen eine berufliche Perspektive, eine gute Zukunft im Arbeitsleben, einen Ausbildungsplatz zu schaffen. [...] Es geht aber auch darum, den Bürgerinnen und Bürgern Raum und Freiheit zur Eigen-

---

1 Max Weber schrieb dieses Zitat in seinem Artikel „Politik als Beruf“ aus dem Jahr 1919. M. Weber 1917/1919, S. 251.

2 Vgl. K. Palonen 1998, S. 159.

3 Vgl. K. Palonen 1998, S. 159.

4 Vogel, Bernhard (Alterspräsident): Rede im Thüringer Landtag, Plenarprotokoll 2. Wahlperiode/1. Sitzung (nachfolgend: 2/1) (10.11.1994), S. 9. Der 1932 geborene Bernhard Vogel war in der zweiten und dritten Wahlperiode zugleich Ministerpräsident und Alterspräsident des Thüringer Landtages.

verantwortung, zur Mitgestaltung des Gemeinwesens zu geben und [...] in ganz Thüringen das Gefühl zu vermitteln, hier zu Hause zu sein, hier ihre Heimat zu haben, hier gut aufgehoben zu sein.“<sup>5</sup>

Zu überwindende Hindernisse gab es nicht nur in Thüringen, sondern beim gesamten „Aufbau-Ost“ zur Genüge. Zwar war durch die institutionelle Einbindung der neuen Bundesländer in die funktionierende Demokratie und stabile Wirtschaft der Bundesrepublik formell der Systemwechsel von einer „staatssozialistischen Ordnung sowjetischen Typs“ zu einer „kapitalistischen Demokratie westlichen Typs“ schnell vollzogen.<sup>6</sup> Insbesondere die im Vergleich zu anderen postsozialistischen Staaten rasche institutionell-organisatorische Konsolidierung durch den Transfer von Institutionen, Kompetenzen sowie finanziellen, politischen und personellen Ressourcen trug zur Stabilisierung des neuen Ordnungsrahmens bei.<sup>7</sup> Dennoch verlief der ostdeutsche Fall alles andere als reibungslos:<sup>8</sup> „Dem Öffnungsschock folgte eine Phase schöpferischer Zerstörung.“<sup>9</sup> Problematisch waren zum einen die wirtschaftlichen Folgeerscheinungen der Wiedervereinigung: Die deutlich sinkende Binnennachfrage für ostdeutsche Produkte, verbunden mit dem ebenso raschen Rückgang des Exportvolumens, führten zu starken Produktionseinbrüchen. Als das „Realgebilde der sozialistischen Wirtschaftswelt“<sup>10</sup> zusammenbrach, waren die schlimmsten Folgen der Weichenstellungen nicht mehr zu umgehen: Sie zeigten sich im Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft mit ihren teils ererbten, teils selbstverschuldeten, teils nur erlittenen Missverhältnissen von Produktivität, Lohnkosten und Absatzmarktstabilität.<sup>11</sup> Rezession und hohe Arbeitslosigkeit waren allerdings nicht nur langanhaltende wirtschaftliche Herausforderungen, sie hinterließen auch tiefe Spuren in der ostdeutschen politischen Kultur und führten zu einem Vertrauensverlust in die politische Ordnung, die bis heute nachwirkt.<sup>12</sup> Die sächsische Längsschnittstudie von Peter Förster et al. zeigt, dass diejenigen, die lange Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sich weniger mit der BRD identifizieren, seltener an Wahlen teilnehmen und häufiger angeben, dass sie sich von

---

5 Vogel, Bernhard (Alterspräsident): Rede im Thüringer Landtag, Plenarprotokoll 2/1 (10.11.1994), S. 8.

6 Vgl. R. Reißig 2000, S. 35.

7 Vgl. R. Reißig 2000, S. 36.

8 Vgl. R. Reißig 2000, S. 37.

9 R. Reißig 2000, S. 37f.

10 W. J. Patzelt 2008, S. 48.

11 Vgl. W. J. Patzelt 2008, S. 48.

12 Vgl. W. J. Patzelt 2008, S. 47.

keiner Partei in ihren Interessen vertreten fühlen.<sup>13</sup> Obwohl sich der Arbeitsmarkt gerade in den vergangenen Jahren äußerst positiv entwickeln konnte, blieb diese Distanz zur bundesdeutschen Demokratie.<sup>14</sup>

Zum anderen existieren die „dicken Bretter“ als die, von den eben genannten Problemen gar nicht zu trennenden, politisch-kulturellen Hürden. Politisch-administrative sowie intermediäre Institutionen wie Parteien und Verbände wurden zwar erfolgreich eingerichtet und nehmen Alltagsroutinen durchaus zufriedenstellend wahr, jedoch sind sie in der ostdeutschen Gesellschaft und den ostdeutschen Lebenswelten nur schwach verankert.<sup>15</sup> Hier zeigen sich immer wieder Kompatibilitätslücken zwischen der symbolischen Repräsentation der Institutionen einerseits und den Erwartungen, Überzeugungen und Wertorientierungen der ostdeutschen Bürger andererseits.<sup>16</sup> „Als Folge verzeichnen wir auf Seiten der Institutionen, darunter der Verwaltungen, der Rechtsprechung, der Parteien, vieler Verbände, schwache Orientierungs- und Integrationsleistung, auf Seiten der Bürger eine brüchige Vertrauens- und Legitimationsbasis.“<sup>17</sup> Umfragedaten belegen die im Vergleich zu den alten Bundesländern höhere Skepsis der Ostdeutschen gegenüber Politikern, Parteien und politischen Institutionen im Allgemeinen. Viele fühlen sich vom Rechtsstaat nicht geschützt bzw. ungerecht behandelt.<sup>18</sup> Bis heute bleibt die Bereitschaft zu politischer Partizipation gering.

Obwohl die Ostdeutschen den Systemwechsel mit überwiegender Mehrheit begrüßen, zeigen die Umfragedaten bis heute, dass das gemeinsame

---

13 Vgl. Förster, Peter/Brähler, Elmar/Stöbel-Richter, Yve/Berth, Hendrik (2013): Sächsische Längsschnittstudie – Welle 26, 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6244 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.11512. Online verfügbar unter: <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=6244&db=e&doi=10.4232/1.11512>, zuletzt geprüft am 19.12.2018.

14 Im Jahr 2015 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bei 9,2 Prozent, in Westdeutschland bei 5,7 Prozent; im Oktober 2018 liegt die Quote in Ostdeutschland bei 6,4 Prozent, in Westdeutschland bei 4,5 Prozent. Insgesamt treten regionale Unterschiede zwischen den ostdeutschen „Leuchtturmregionen“ und ländlichen Regionen immer deutlicher hervor. Die Arbeitslosenquote ist bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Siehe hierzu: Bundesagentur für Arbeit, Statistik. Online verfügbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Ost-West-Na v.html> (Stand: 22.11.2018), zuletzt geprüft am 22.11.2018.

15 Siehe hierzu: R. Reißig 2000, S. 46. Zur Verankerung der Parteien in der ostdeutschen Gesellschaft siehe auch: A. Thumfart et al. 2002.

16 Vgl. R. Reißig 2000, S. 47.

17 R. Reißig 2000, S. 47.

18 Vgl. W. J. Patzelt 2008, S. 32ff.

Deutschland – so wie es sich entwickelt hat bzw. sich in seinem Ostteil *anfühlt* – den Ostdeutschen immer noch weniger gefällt als den Westdeutschen.<sup>19</sup> Sie verweisen auf die ostdeutschen Akzeptanzmängel der bundesdeutschen Demokratie und auf ostdeutsche Selbstetikettierungen als „Bürger zweiter Klasse“. Mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik gelebt wird, sind die Bürger in Ostdeutschland deutlich weniger zufrieden als jene in den westdeutschen Bundesländern, sie stehen ihr gar kritisch gegenüber. Obwohl Ostdeutsche die „Idee der Demokratie“ für unterstützenswert halten, favorisieren sie doch ein abweichendes Demokratiemodell: Mehr als für die Westdeutschen gehören etwa Gleichheit und soziale Absicherung zur Demokratie, während Aushandlungskonflikte als Elemente der pluralistischen Demokratie ablehnend beurteilt werden. Die Idee des Sozialismus und die Idee der Demokratie stehen nach Auffassung vieler in keinem Gegensatz zueinander, sondern weisen „Gemeinsamkeiten im Ideal“<sup>20</sup> auf. Fragt man in diesem Zusammenhang nach dem Status der „inneren Einheit“ – messbar in gleichen Weltanschauungen, Ordnungsvorstellungen, Deutungen und Normen – so führt dies gelegentlich zu der Aussage, Ostdeutschland sei im vereinigten Nationalstaat nicht nur als eigene Gesellschaft verblieben, sondern – gemäß der These von Oscar W. Gabriel et al. – sie habe sich über die Jahre sogar zunehmend von der westdeutschen entfernt.<sup>21</sup> Ostdeutschland sei eine eigene Gesellschaft *geworden*, die sich durch eigene soziomoralische Grundlagen und Wertvorstellungen sowie den Rückblick auf die untergegangene DDR und dem „Fremdeln“ mit der bundesrepublikanischen Ordnung auszeichne.<sup>22</sup>

Gerade vor dem Hintergrund von Phänomenen wie PEGIDA,<sup>23</sup> der seit 2014 in Dresden regelmäßig demonstrierenden und als rechtspopulistisch klassifizierten Vereinigung, sind solche Fragestellungen wieder hochaktuell. Aus den Selbsteinschätzungen der PEGIDA-Teilnehmer lasse sich, so Steven Schäller, herauslesen, dass deren Erfahrungen mit der neuen politischen Ordnung nicht nur positiv gewesen seien. Sie empfanden eine kulturelle Hegemonie, die sich in Form westdeutscher Geschichte, westdeutscher Lebensentwürfe, westdeutscher Weltansichten, Werte und Tabuisierungen

---

19 Vgl. R. Köcher 2010, S. 47.

20 B. Westle 1994, S. 574.

21 Siehe hierzu: O. W. Gabriel/J. W. Falter/H. Rattinger 2005.

22 Das zeigen nicht zuletzt nostalgische Idealisierungen, in denen soziale Absicherung und Gleichheit in der DDR hervorgehoben werden.

23 PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes; gegründet am 19.12.2014 mit Sitz in Dresden.

gen als neue Normalität über die Ostdeutschen gelegt habe.<sup>24</sup> Es lasse sich die Wahrnehmung herausarbeiten, dass die gemeinsame Bundesrepublik als immer noch fremder Westen empfunden werde, in dem man sich nicht heimisch fühle.<sup>25</sup> Auch trug diese gemeinsame Abwertungserfahrung zur Herausbildung einer ostdeutschen Identität bei, die auch jene Generationen beeinflusst, die nach der „Wende“ geboren wurden. Dies verstärkt sich, wenn im Mediendiskurs etwa infolge der hohen Wahlergebnisse der AfD die „Demokratieuntauglichkeit“ der Ostdeutschen nachgewiesen wird. Die Abwertung einer ganzen Gruppe führe dann zu stärkerer Identifikation mit ihr.<sup>26</sup>

Hinter dem scheinbar intakten institutionellen Ordnungsrahmen ist die Konflikthaftigkeit von politischer Struktur und politischer Kultur virulent und die Gesellschaft Ostdeutschlands fragil. Nach Rolf Reißig gehöre es zu den elementaren sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, dass sich nur in den erfolgreichen Interaktionen zwischen politischer Struktur und politischer Kultur die konkreten Bedingungskonstellationen für die Dauerhaftigkeit politischer Ordnung entfalten können.<sup>27</sup> Dies ist in Ostdeutschland nur unzureichend zu erkennen und die politische Ordnung dadurch eben nicht durch umfassende Stabilität gekennzeichnet. In den wenigsten Arbeiten, die sich mit den neuen Bundesländern befassen, wird jedoch gefragt, wo die bis heute messbaren Anpassungs- und Legitimationsprobleme ihren Ursprung haben. Vielmehr wird beobachtet, ob Ost-West-Differenzen endlich überwunden wurden.

Was wirkt sich auf die *innere Einstellung* zum Gemeinwesen aus? Was genau charakterisiert die soziomoralischen Grundlagen der noch nicht so ganz stabilisierten politischen Ordnung der neuen Bundesländer? Worin liegen die Ursachen für das „ostdeutsche Leiden“ am etablierten Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssystem?

---

24 Vgl. Schäller, Steven (2016): Pegida und der fremde Westen. In: *Sächsische Zeitung*, 08.08.2016, S. 20.

25 Vgl. Schäller, Steven (2016): Pegida und der fremde Westen. In: *Sächsische Zeitung*, 08.08.2016, S. 20.

26 Vgl. Schiller, Matie-Sophie: Junge deutsche Zweiheit. Online verfügbar unter [https://www.deutschlandfunk.de/die-nachwuchs-generation-ost-junge-deutsche-zweiheit.724.de.html?dram:article\\_id=429625](https://www.deutschlandfunk.de/die-nachwuchs-generation-ost-junge-deutsche-zweiheit.724.de.html?dram:article_id=429625), zuletzt geprüft am 26.11.2018

27 Vgl. R. Reißig 2000, S. 47f.

## 1.2 Forschungsfrage und Relevanzbegründung

Ein Haupterkenntnisinteresse der Politikwissenschaft ist die Frage danach, wie politische Ordnungen entstehen, sich stabilisieren und auf Dauer bestehen bleiben. Stabilität bezieht sich nach Talcott Parsons darauf, dass sich Systemstrukturen erfolgreich an Umweltveränderungen anpassen, (soziale) Konflikte auflösen und alle Systemkomponenten erfolgreich integriert werden. Alles in allem sind dies höchst voraussetzungsreiche Prozesse, deren Analyse den Blick notwendigerweise auf die *Ressourcen* politischer Ordnungskonstruktion leitet. Zahlreiche politikwissenschaftliche Arbeiten befassen sich naturgemäß etwa mit der Analyse von Machtaspekten,<sup>28</sup> indem Herrschaft als Instrument der Kontrolle und Unterdrückung oder – in Form von legitimer Herrschaft – als notwendige Bedingung von Ordnung und Gemeinschaft untersucht wird. Weniger populär – wenn gleich nicht weniger wichtig – scheint es, sich mit den geistig-kulturellen Ressourcen von Prozessen politischer Ordnungskonstruktion zu befassen. Anknüpfend an das Rahmenprogramm des Sonderforschungsbereichs 804<sup>29</sup> wird davon ausgegangen, dass unter jenen Ressourcen *Transzendenz* und *Gemeinsinn* eine hervorgehobene Stellung bei der *Stabilisierung, Konstituierung und Transformation politischer Ordnungen* einnehmen. *Transzendenz* meint dabei Vorstellungen, Denkfiguren und Werte, die über Strukturen, sowie konkret verhandelte politische Inhalte und Handlungen hinausgehen und ihnen genau dadurch einen Sinn und Geltung verleihen. Sie sind zu verstehen als etwas, das der Dispositionsfreiheit des Einzelnen entzogen ist und das üblicherweise nicht infrage gestellt wird. So ist etwa die Unantastbarkeit der Menschenwürde im Grundgesetz festgehalten. *Gemeinsinn* wiederum erfasst die von einer (werdenden) politischen Gemeinschaft (mehr und mehr) geteilten Wissensbestände, Deutungsmuster, Symbole und Praktiken welche die Grundlage für gemeinsames Handeln und die Herstellung politischer Ordnung bilden. Dies bezieht sich einerseits auf die „geistigen Grundlagen“, die Spielregeln und Selbstverständlichkeiten, einer politischen Ordnung und deren Institutionen sowie andererseits auf die motivationalen Grundlagen einer Ordnung, wie Gemeinschaftsgeist oder Patriotismus. Damit handelt es sich bei *Gemeinsinn* nicht um ein analytisches Gegenkonzept zur *Transzendenz*, sondern um sich wechselseitig ergänzende Erklärungsvariablen, die konstitutive Bedeutung

---

28 Siehe hierzu exemplarisch: M. Greven 1991; G. Zenkert 2004.

29 Vgl. TU Dresden 2008, Forschungsantrag des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“.

für die Legitimität und Stabilität sozialer und politischer Ordnung haben. Unter *politischer Ordnung* wiederum werden jene Sozialstrukturen in den Blick genommen, die zum einen der Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen dienen, die darüber hinaus als allgemein verbindlicher Handlungsrahmen benutzt werden und die, auch gegen Widerstreben, aufrechterhalten werden.

Analytischer Ausgangspunkt des Entstehens und In-Geltung-Haltens von sozialen und politischen Ordnungen sind Prozesse *gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion*. Diese vollziehen sich in immer wiederkehrenden sinngeliteten Handlungen. Diskursiv herbeigeführte *Situationsdefinitionen* wiederum prägen ebenjene Handlungen und Handlungsketten, die ihrerseits durch wirklichkeitskonstruktive Praktiken (re-)stabilisiert und als Rahmen weiterer politischer Interaktion benutzt werden. Besonders geeignet für eine Analyse sind demnach solche Situationsdefinitionen, die auf *praktisch folgenreichen Diskursen* basieren. In *Diskursen politischer Eliten* lassen sich die Geltungsgründe von Situationsdefinitionen in besonders valider Weise erfassen. Dadurch werden vor allem politische oder mediale Diskurse, aber auch nichtsprachliches wie Symbole zu Untersuchungsgegenständen. Argumentative Verweise auf Transzendentes und Gemeinsinniges – so die Annahme – nehmen darin eine hervorgehobene Stellung ein. Sie führen vor Augen, welcher Sinn einem konkreten Sachverhalt, einem Gesetz, einer politischen Handlung zukommt, was deshalb die anzurathenden Anschlusspraxen sind und welche Annahmen man als „unverständlich“, als „Quertreiberei“ oder als „extremistisch“ aus dem gemeinsamen Ringen um eine gute oder immerhin bestandsfähige Ordnung auszugrenzen hat.<sup>30</sup> Gerade in Gründungs- und Stabilisierungsphasen politischer Ordnungen, wie im Kontext der neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung, lassen politische Selbstverständigungsdiskurse die transzendenten und gemeinsinnigen Grundlagen einer Gesellschaft besonders deutlich zutage treten. An diesen Bruchstellen zeigt sich die Rolle von verfügbarem, fehlendem oder – mit größeren oder geringeren Erfolgsaussichten – erst noch zu stiftendem Gemeinsinn für die Konstruktion politischer Wirklichkeit besonders gut. Ebenso wird die Funktion von entstehenden, konstanten oder wechselnden stabilisierenden Transzendenzressourcen deutlich.

Die vorliegende Arbeit geht der forschungsleitenden Fragestellung nach, was die zentralen transzendenten und gemeinsinnigen Ressourcen bei der politischen Ordnungskonstruktion der neuen Bundesländer sind. Welche (konkurrierenden) Transzendenz- und Gemeinsinnsreurse werden

---

30 Vgl. W. J. Patzelt 2014d, S. 158.

in ostdeutschen politischen Elitendiskursen argumentativ eingesetzt, welche sind situationsdefinierend und daraus folgend auch handlungsleitend? Welche Rolle spielen derlei Bezugnahmen in politisch relevanten Diskursen für die soziale Konstruktion sowie für die Stabilitäts- und Geltungssicherung der politischen Ordnung der neuen Bundesländer?

Das zu Erklärende, die abhängige Variable, ist hiernach die konkrete Konstruktion der politischen Ordnungen der neuen Bundesländer mit den vorangegangenen Ordnungsvorstellungen der Akteure. Die über die Diskursanalyse zu erfassenden Transzendenz- und Gemeinsinnsrekluse sind die unabhängigen Variablen, also jene Erklärungsfaktoren, welche die Genese, Ausgestaltung, Stabilisierung oder auch Destabilisierung eines politischen Ordnungsgefüges bestimmen.

Hierfür lassen sich folgende aufeinander aufbauende Unterfragen benennen: Auf welche situationsdefinierenden und schließlich handlungsleitenden Bezugnahmen auf Transzendentes und Gemeinsinniges wurde bei Gründung und Aufbau der neuen Bundesländer zurückgegriffen? Was wird in den Diskursen der politischen Eliten Ostdeutschlands als unverfügbar behandelt, was wirkt sinnstiftend bzw. handlungsleitend? Auf welchen Ressourcen meinen sie die politischen Ordnungen der neuen Bundesländer zu gründen? Was sind deren handlungsleitende Situationsdefinitionen? Welche Entwicklungslinien und Brüche zeigen sich diesbezüglich seit der Wiedervereinigung und im Vergleich zu den alten Bundesländern? Darüber hinaus soll untersucht werden, ob sich in ordnungsrelevanten Diskursen gegensätzliche, ja konkurrierende Bezugnahmen auf Transzendenz und Gemeinsinn finden lassen, insbesondere im Vergleich zu öffentlichen Diskurs- und Einstellungsmustern oder auch im Vergleich zur bundesrepublikanischen Ordnung? Welche allgemeinen Entwicklungsmuster und Bruchstellen können im Zeitverlauf festgestellt werden?

Warum ist es wichtig, auf diese Fragen Antworten zu finden? Antworten auf diese Forschungsfragen sind nicht nur auf der phänomenologischen Ebene interessant, sondern aus mehreren Gründen auch analytisch wichtig.<sup>31</sup> Der erste Grund ist die gesellschaftliche Relevanz. Um gesellschaftlich relevant zu sein, sollte sich das Forschungsvorhaben an der etwas salopp formulierten Frage ausrichten: „Schert es jemanden“?<sup>32</sup> Ist es ein Forschungsgegenstand der sich an dem Anspruch ausrichtet, den John Gerring und Joshua Yesnowitz formulieren: „[Something] that citizens

---

31 Vgl. W. J. Patzelt 2014d, S. 158.

32 Zur Relevanz politikwissenschaftlicher Fragestellungen, siehe: M. Lehnert/B. Miller/A. Wonka 2007.

and policymakers *care* about or might *care* about“<sup>33</sup> Das „Sich-Kümmern“ ist freilich ein unpräzises Kriterium. Ob aber jemand durch ein soziales Phänomen *betroffen* ist, also dessen Auswirkungen Einfluss auf die Lebensumstände haben, lässt sich recht klar feststellen.<sup>34</sup> „Um als gesellschaftlich relevant zu gelten, sollte ein soziales Phänomen ‚consequential for political, social or economic life, for understanding something that affects many peoples lives‘ sein.“<sup>35</sup> Tatsächlich ist es von essenzieller Bedeutung – und zwar für die gesamte Bundesrepublik – wie sich die ostdeutschen Bundesländer, deren politische Kultur und soziomoralischen Grundlagen nach der Wiedervereinigung entwickelt haben. Verweisen diese auf Akzeptanzmängel bundesdeutscher Demokratie oder die Ausprägung destabilisierender Tendenzen? Die Analyse von Transzendenz- und Gemeinssinnsrekursen hilft dabei zu verstehen, warum sich 1990 ganz bestimmte politische Ordnungen in den neuen Bundesländern entwickeln sollten, wie Adaptionsprobleme entstanden oder warum die politische Ordnung nicht wie in Westdeutschland gleichermaßen gegen extremistische Tendenzen verteidigt wird.

Der vorliegende Forschungsbeitrag stellt ein umfassendes und in dieser Form noch nicht verfügbares Bild politischer Ordnungskonstruktionsprozesse ostdeutscher Bundesländer – jenseits empirischer Umfragen – zur Verfügung. Es wird gezeigt, was die ostdeutschen politischen Eliten als transzendente Grundlagen des Gemeinwesens ansehen bzw. unverfügbar stellen, auf welche Gemeinssinnsverweise sie argumentativ zurückgriffen und wie sich diese über die Zeit veränderten. Dies gibt Aufschluss über die Selbstverständigungsgeschichte, die Sinndeutungen, den Kenntnisstand und die Zielsetzungen jener politischen Eliten, welche die politischen Ordnungen der ostdeutschen Bundesländer mit ihren Besonderheiten prägten.<sup>36</sup> Der Abgleich mit dem öffentlichen Diskurs sowie Daten aus Bevölkerungsumfragen offenbaren mögliche Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsdiskursen.

Damit leistet die Forschungsarbeit nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Verständnis und zur Erklärung eines politischen Phänomens, sondern kann gleichsam Impulse für andere Gründungs- und Stabilisierungsprozesse politischer Ordnung geben.

---

33 J. Gerring/J. Yesnowitz 2006.

34 Vgl. J. Gerring/J. Yesnowitz 2006.

35 J. Gerring/J. Yesnowitz 2006.

36 Vgl. W. J. Patzelt 2014d, S. 159.

Es gilt dieses – uns auch persönlich betreffende – „Großexperiment“ politischer Ordnungskonstruktion nach der Wiedervereinigung zu verfolgen, die in seinem Verlauf institutionell herbeigeführten kulturellen Prägnanzen ausfindig zu machen und zu bewerten, dabei auch Chancen oder Gefährdungen der erreichten freiheitlich demokratischen Ordnung zu entdecken und zu bewerten sowie die Sedimentierungsschichten und Verwerfungszonen unserer politischen Kultur in ihrem zeitgenössischen Werden zu analysieren. Dies alles wird in einem „Sondierschnitt“ durch den politischen Diskurs erfolgen, sodann erfolgen „Punktgrabungen“, um Einzelfunde zu bergen, bzw. die im Sondierschnitt gewonnen Besonderheiten genauer zu untersuchen.<sup>37</sup>

Gleichsam entsteht mit der Erschließung der Konzepte Transzendenz und Gemeinsinn ein theoretischer Mehrwert, der der Disziplin ein neues *analytisches Instrumentarium* zugänglich macht, um Prozesse politischer Ordnungskonstruktion zu beschreiben und zu erklären. Dabei werden die theoretischen Grundlagen in die Forschungsliteratur eingeordnet, deren Stellenwert beschrieben und herrschende Theorien, wie zur Zivilreligion, ergänzt und verbunden.<sup>38</sup> Der analytische Nutzen, den die Konzepte Transzendenz und Gemeinsinn entfalten, wird am empirischen Referenten, den neuen Bundesländern, getestet und damit Alternativerklärungen formuliert, die bestehende Erklärungen hinterfragen oder verbinden. Gleichsam wird durch die Verbindung von Ethnomethodologie und Diskursanalyse und dem daraus abgeleiteten Methodendesign ein innovativer und fruchtbarer Ansatz erprobt, um Konstruktionsprozesse von Fundamenten sozialer und politischer Wirklichkeit auf der Mikroebene zu untersuchen, die sich auf der Makroebene zeigen.

### 1.3 Überblick über den Forschungsstand

Die Regimetransformationen des ausgehenden 20. Jahrhunderts haben in den Sozialwissenschaften zu einem regelrechten „Boom“ von Studien

---

37 „Sondierschnitt“ bezieht sich – analog des aus der archäologischen Grabungstechnik entlehnten Begriffs – auf einen Suchschnitt durch das gesamte Profil des Forschungsgegenstandes, der eine Befundlage freilegt. An ihm lässt sich ein Eindruck über das allgemeine Ausmaß und den zu erwartenden Fund gewinnen. „Punktgrabungen“ – wiederum analog zum archäologischen Instrumentarium – beziehen sich auf die tiefgehende Analyse an einer Stelle, um einen Einzelbefund oder eine Besonderheit zu analysieren.

38 Vgl. M. Lehnert et al. 2007, S. 43.

über die „Determinanten des Zustands politischer Systeme“ geführt.<sup>39</sup> Seit Beginn der „dritten Demokratisierungswelle“ befasst sie sich besonders intensiv mit der Konsolidierung von demokratischen Systemen. Zwischen 1974 und 1995 schlugen 58 Staaten den Weg von der Autokratie hin zur Demokratie ein. Diese Demokratisierungseuphorie erfasste auch die Wissenschaft und die Systemwechselforschung boomte.<sup>40</sup>

Dabei wurde die demokratische Transformation in den neuen Ländern immer wieder als Forschungsgegenstand und Analysebeispiel für die (mikropolitischen) Bedingungen von Stabilität und Wandel politischer Strukturen herangezogen.<sup>41</sup> Die dabei entstandene Fülle an Sekundärliteratur, die nachfolgend systematisiert werden soll, wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit für das Verständnis des empirischen Referenten vor allem *konsultierend* herangezogen. Ausgangspunkt ist vielmehr die Analyse von Primärmaterialien wie die Amtsantritts- und Schlussreden aller Alters- und Landtagspräsidenten der neuen Bundesländer, ausgewählte Plenardebatten der ostdeutschen Landtage oder die Reden der Ministerpräsidenten anlässlich hoher Festtage. In diesem Material lassen sich zuverlässig bedeutende Transzendenz- und Gemeinsinnsreurse erfassen und Veränderungen im Zeitverlauf nachvollziehen.<sup>42</sup> Vertieft wird dies durch die Sekundäranalyse demoskopischen Materials etwa über die Einstellungen und Wertevorstellungen der Ostdeutschen sowie durch die Sekundärliteratur zur politischen Ordnungskonstruktion in Ostdeutschland.

### 1.3.1 Ostdeutschland als Forschungsgegenstand: Bestandsaufnahme und Systematisierung

Friedliche Revolution, Wiedervereinigung und der Aufbau der neuen Bundesländer sind bis heute zentrale Forschungsgegenstände der Sozialwissenschaften.<sup>43</sup> Das liegt zum einen freilich an dem spannenden Forschungsfeld, welches den rasanten Untergang der DDR, Massenproteste

---

39 K. Neller 2006, S. 21.

40 Vgl. A. Lorenz 2011, S. 8.

41 Vgl. K. Neller 2006, S. 21.

42 Vgl. TU Dresden 2008, Forschungsantrag des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“, S. 8.

43 Zum deutschen Vereinigungsprozess gibt es außerdem umfangreiche fremdsprachige Fachliteratur. Diese vor allem mit Blick auf die äußeren Faktoren der Wiedervereinigung. Siehe hierzu exemplarisch das englischsprachige Werk von: F. Bozo/A. Rödder/M. E. Sarotte 2017.

und Bürgerbewegungen, die Arbeit der ersten frei gewählten Volkskammer, die Verhandlungen zur Wiedervereinigung, den Institutionentransfer, Stabilisierungsprozesse, Adaptionsprobleme, kulturelle Verwerfungen oder auch Phänomene, wie der aufkeimende Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern etc. umfasst. Zum anderen wurden und werden Forschungsvorhaben aus diesem Themenkomplex umfangreich etwa von der Deutschen Forschungsgemeinschaft,<sup>44</sup> der Max-Planck-Gesellschaft<sup>45</sup> oder Stiftungen wie der Volkswagen-Stiftung<sup>46</sup> unterstützt. Speziell für die DDR bzw. Ostdeutschlandforschung gibt es zudem die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.<sup>47</sup>

---

44 Exemplarisch wird auf den von 2001 bis 2012 von der DFG-geförderten SFB 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemzusammenbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ hingewiesen, welcher erforschte, unter welchen Umständen und in welchen gesellschaftlichen Bereichen eine weitere Angleichung der Verhältnisse in Ost und West zu erwarten sind und wo es zur Verfestigung dieser Unterschiede kommt: Deutsche Forschungsgemeinschaft: SFB 580: Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung. 2001–2012. Online verfügbar unter <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/5484710>, zuletzt geprüft am 26.11.2018; Aber auch Sachbeihilfen zu Umfragepanels, wie etwa jene zur Erforschung der „Beruflichen Karrieren und Veränderungen persönlicher Netzwerke in Ostdeutschland 10 Jahre nach der Wende“ unterstützten die „Ostdeutschlandforschung“, siehe: siehe auch: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Berufliche Karrieren und Veränderungen persönlicher Netzwerke in Ostdeutschland 10 Jahre nach der Wende. Vierte Erhebung. 1999–2001. Online verfügbar unter <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/5234390>, zuletzt geprüft am 26.11.2018.

45 Hier ist zum Beispiel die Panelstudie „DemoDiff“ zum Wandel der Familienstrukturen und Erwerbsmustern von Frauen, welche sich in den beiden Landesteilen deutlich voneinander unterscheiden, zu nennen. Diese wird vom Max-Planck-Institut für demographische Forschung durchgeführt, siehe: Max-Planck-Institut für demografische Forschung: Wandel der Familie in Ost- und Westdeutschland: Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Forschungsbericht 2013. Online verfügbar unter [https://www.mpg.de/6726692/MPIDF\\_engl\\_MPIDR\\_JB\\_2013](https://www.mpg.de/6726692/MPIDF_engl_MPIDR_JB_2013), zuletzt geprüft am 26.11.2018.

46 Die Volkswagen-Stiftung förderte beispielsweise von 1996–1998 das Projekt „Steuerungsstrukturen politisierter Großprivatisierungen in Ostdeutschland“, siehe hierzu: J. Raab 2002.

47 Die Stiftung hat den Auftrag, die umfassenden Aufarbeitung der SED-Diktatur zu fördern und das öffentliche Bewusstsein über die kommunistische Gewaltherrschaft zu befördern. Siehe hierzu <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/die-stiftung-1074.html>, zuletzt geprüft am 26.11.2018. Mit den Mitteln der Stiftung wurde beispielsweise die Arbeit von Astrid Lorenz zum Demokratisierungsprozess in Ostdeutschland gefördert: A. Lorenz 2011.

Zum Prozess der Genese und Stabilisierung der politischen Ordnung in den neuen Bundesländern gibt es also eine beachtliche Anzahl an politik-, geschichts- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie juristischen, soziologischen und auch psychologischen Publikationen, welche sich naturgemäß hinsichtlich ihres Forschungsinteresses, ihrer theoretischen Implikationen und empirischen Analysemethoden unterscheiden.

Den Forschungsstand für die vorliegende Arbeit zu erfassen, einzuordnen und zu bewerten ist deshalb für sich genommen schon eine Herausforderung. Um dieser gerecht zu werden, wurde der Forschungsstand in Kategorien unterteilt, die jeweils einen Teilaspekt der Ordnungskonstruktion in den neuen Bundesländern bearbeiten und zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Forschungsfragen einen Beitrag leisten. Zu nennen sind hier etwa Arbeiten zum Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft, Einstellungs- und Werteforschung, Jugendsurveys, Arbeiten zur Abgrenzungsidentität, Nostalgiephänomenen, Rechtsextremismus, Religion usw. Des Weiteren liegt ein besonderes Augenmerk auf jenen Arbeiten, die sich mit der Aufarbeitung ostdeutscher Diskurse befassen.

#### i. Transformationsprozesse der ostdeutschen Wirtschaft

Ein zentraler Themenbereich der Ostdeutschlandforschung befasst sich mit den Transformationsprozessen der ostdeutschen Wirtschaft – insbesondere mit dem ökonomischen Kernstück der Transformation: dem Übergang von Volkseigentum zu Privateigentum und mit der transformationsbedingten Veränderung des ostdeutschen Arbeitsmarktes.<sup>48</sup> Dies ist mit dem großen Interesse von Politik und Wirtschaft an Prognosen und Modellrechnungen zu den Kosten der Einheit sowie vorhersehbaren Entwicklungspfaden der ostdeutschen Wirtschaft zu erklären.

Viele Arbeiten, wie die von Karl-Heinz Paqué,<sup>49</sup> streben an, die Bilanz der deutschen Einheit in konkreten Zahlen zu veranschaulichen – meist als Verlustrechnung. Im Kontext dieser (sozio-)ökonomischen Aufgabstellungen wurden insbesondere der Prozess der Privatisierung und Re-

---

48 Am Beispiel Brandenburgs bearbeiteten dies u.a. L. Rambert et al. 1999.

49 K.-H. Paqué 2009. Der Ökonom und ehemalige Finanzminister Sachsen-Anhalts schätzt die Kosten der Einheit von 1990 bis 2009 auf 2 Billionen Euro brutto, nach Abzug von Rückflüssen wie Steuern und Sozialbeiträgen auf 1,6 Billionen Euro netto. Dennoch ist er der Meinung, dass die Art und Weise der Wiedervereinigung, die sofortige Währungsunion, zügige Privatisierung, massive Wirtschaftsförderung etc., für Alternativlos.

strukturierung von Industriesektoren in Ostdeutschland und damit die Arbeit der Treuhand kritisch bewertet.<sup>50</sup> Ebenso wurden die Umgestaltung der Konsumgenossenschaften,<sup>51</sup> konkrete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie der Lohnkostenzuschuss,<sup>52</sup> Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Umschulungen<sup>53</sup> wissenschaftlich aufbereitet. Indes befassen sich nur sehr wenige Forscher mit der Frage, ob etwa Elemente der DDR-Wirtschaft erhaltenswert oder gar zukunftsweisend sein könnten. Zu diesen Ausnahmen gehört beispielsweise Delal Atmaça, die sich mit der Zukunftsfähigkeit des Modells gewerblicher Produktivgenossenschaften auseinandersetzt.<sup>54</sup>

Mitte der 1990er Jahre – in der Hochzeit wirtschaftlicher Rezession – begleitete nicht nur die Forschung,<sup>55</sup> sondern auch die Medienöffentlichkeit die Themen der Privatisierung, Sanierung und Auflösung ehemals volkseigener Betriebe durch die Arbeit der Treuhandanstalt rege.<sup>56</sup> Mit plakativen Überschriften wie „Stoppt das Plattmachen“ verlangen verschiedene Printmedien eine Neuausrichtung der Treuhandpolitik. Nicht weniger kritisch äußern sich ökonomische<sup>57</sup> bzw. politökonomische<sup>58</sup> Analysen. Rolf Reißig und Klaus von Dohany fordern noch Mitte der 2000er Jahre eine grundlegende Neuausrichtung der Politik, um zu einer selbsttragen-

---

50 Für die Privatisierung der ostdeutschen Stahl- und Werftindustrie, siehe etwa: J. Raab 2002.

51 Siehe hierzu beispielsweise: L. Laschewski 1998.

52 Brigitta Rabe beschäftigt sich beispielsweise mit dem Lohnkostenzuschuss als arbeitsmarktpolitisches Instrument, siehe: B. Rabe 2000.

53 Vgl. hierzu die Fallanalysen zu den Wirkungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland: K. Hagen/V. Meinhardt et al. 1993.

54 Vgl. D. Atmaça 2002.

55 Siehe hierzu J. Prieve 1994.

56 Denn die durch die Treuhand begleiteten Umstrukturierungsprozess der ostdeutschen Wirtschaft konnte weder den enormen Beschäftigungsrückgang stoppen noch die Prozesse der Deindustrialisierung eindämmen. Die „Superillu“ als Zeitung, die Ostdeutschland große Verbreitung hat berichtete Ende 1991 über die Seilschaften und Skandale der Treuhand, siehe: Treuhand. Die neuen Seilschaften die neuen Skandale (1991). In: *Superillu*, 17.12.1991 (52), S. 4.; Dass die Treuhand für den (ostdeutschen) Leserkreis der Superillu immer noch interessant zu sein scheint, zeigt die 2015 begonnene Veröffentlichung der großen „Treuhand-Story“. Aber auch die deutschlandweit rezipierten Medien berichteten umfangreich und kritisch zum Thema. Sieh hierzu exemplarisch: Stoppt das Plattmachen (1992). In: *Der Spiegel*, 21.09.1992 (39), S. 156–157 oder auch Abschied eines Buhmanns (1994). In: *Der Spiegel*, 19.12.1994 (51), S. 78–82.

57 Siehe hierzu exemplarisch: R. Lüken 1998.

58 Siehe hierzu exemplarisch: U. Siegmund 2001 oder auch R. Czada 2012.

den Wirtschaft im Osten zu kommen.<sup>59</sup> Gerade wegen der Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die Unternehmensverkäufe und den tatsächlichen Ergebnissen ist die wirtschaftliche und politische Bilanz der Treuhand bis heute äußerst umstritten. In Ostdeutschland wird ihre Arbeit vielfach als Ausverkauf der ehemals volkseigenen Betriebe interpretiert: „[Immerhin] gingen 80 Prozent des DDR-Produktionsvermögens an Westdeutsche, 14 Prozent an Ausländer, sechs Prozent an einstige DDR-Bürger; zudem waren spätestens 1993 nahezu alle Führungspositionen und Beraterposten der Anstalt mit Managern aus Westdeutschland besetzt, die für zahlreiche Korruptionsskandale verantwortlich waren. Ihr Vorgehen habe die industrielle Basis der ostdeutschen Wirtschaft auf Jahre hinaus unterminiert und die Menschen in Arbeits- und Perspektivlosigkeit zurückgelassen.“<sup>60</sup>

Für die vorliegende Arbeit ist das von Interesse, weil auf diesen Analysen zum massiven Umbau der Wirtschaft, den Strukturveränderungen im Arbeitsmarkt und Ausbildungssystem sowie dem Mangel an Arbeitsplätzen wiederum viele Studien aufbauen, die sich mit den individuellen Handlungsoptionen der ostdeutschen Bürger und den Zusammenhängen zwischen den neuen Rahmenbedingungen und den Einstellungen zum politischen System befassen.<sup>61</sup> Eine Kernfrage lautet: Welche Auswirkungen haben Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf die Akzeptanz des demokratischen Systems, die Einstellungen zur Demokratie oder zum Institutionenvertrauen?<sup>62</sup> Einigkeit herrscht in der Forschungsliteratur darüber, dass die wirtschaftspolitischen Umstände wenig Gutes für die Legitimation des politischen Systems getan haben.

Der von Walter R. Heinz herausgegebene Sammelband befasst sich genau mit diesen *individuellen* Auswirkungen von Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur. Hierzu arbeitet er zunächst den hohen Stellenwert von Arbeit für die Ostdeutschen heraus. Sie sei in der DDR zentraler

---

59 Vgl. R. Reißig 2005 sowie K. von Dohany 2005 in demselben Sammelwerk.

60 Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2015): Das Vermögen der DDR und die Privatisierung durch die Treuhand (25 Jahre Deutsche Einheit). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/zahlen-und-fakten-zur-deutschen-einheit/211280/das-vermoegen-der-ddr-und-die-privatisierung-durch-die-treuhand>, zuletzt geprüft am 28.11.2018.

61 Vgl. hierzu exemplarisch die DFG-geförderte Studie von: Mühler, Kurt (2001): Berufliche Karrieren und Veränderungen persönlicher Netzwerke in Ostdeutschland 10 Jahre nach der Wende. Vierte Erhebung. Online verfügbar unter <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/5234390>, zuletzt geprüft am 28.11.2018.

62 Siehe hierzu etwa folgendes Sammelwerk: H. Düvel 2000.

Inhalt von Sozialisationsprozessen sowie Bezugssystem für Selbstdefinition und soziale Integration gewesen.<sup>63</sup> Dieser Befund wird auch in zahlreichen anderen Arbeiten, exemplarisch sei hier Heiner Meulemann genannt, als zentraler Einflussfaktor auf persönliche Einstellungen herausgearbeitet: An die Stelle der protestantischen Berufsethik habe sich ein auf der Marx'schen Anthropologie der Arbeit fußendes und in der Staatsbürgerkunde der DDR erfolgreich vermitteltes Arbeitsethos gesetzt. Diese innere Haltung sei durch den Mangel nach der Wiedervereinigung sogar verstärkt worden.<sup>64</sup> Mit der Integration in die westdeutsche Marktwirtschaft fielen die aus der sozialistischen Arbeitsgesellschaft gekannte Planbarkeit und Sicherheit weg, individuelle Berufserfahrungen und Lebensentwürfe wurden außer Kraft gesetzt. Geschlecht, Alter, Qualifikationsniveau und soziale Netzwerke spielten nun eine Rolle bei der Verteilung der Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt, was von vielen Ostdeutschen als ungerecht empfunden wird. Gerade die in diesem Zusammenhang erfassten Vorstellungen von Gerechtigkeit zeigten, so Walter Heinz et al., einen deutlichen Unterschied zu den westdeutschen Vorstellungen.<sup>65</sup>

Auch Michael und Sabine Häder befassen sich mit den Einstellungen zur Nicht-Erwerbstätigkeit, welche in Westdeutschland andere seien als in Ostdeutschland. Dafür identifizieren sie zwei Bedingungen.<sup>66</sup> Über das Recht auf Arbeit, Verbunden mit der Pflicht zur Erwerbstätigkeit habe sich in Ostdeutschland eine andere Einstellung zu Arbeit entwickelt. Diese habe sich vom Ende der DDR bis zur heutigen Zeit nicht wesentlich geändert. Die Knappheit von Arbeit wiederum und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit, machten den Besitz von Arbeit zum hohen Gut und den Nicht-Besitz zum Makel.

## ii. Institutionentransfer

Neben wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen, hat die sozialwissenschaftliche Forschung ein besonderes Interesse daran, den Prozess der Demokratiekonsolidierung in Gestalt der Übertragung westdeutscher Verfassungs- und Institutionenordnung nach Ostdeutschland

---

63 Vgl. R. W. Heinz/S. E. Hormuth 2013, S. 11.

64 Vgl. H. Meulemann 1996, S. 297.

65 Vgl. W. R. Heinz/S. E. Hormuth 2013, S. 12.

66 Vgl. M. Häder/S. Häder 1998.

zu analysieren.<sup>67</sup> Immerhin war dies ein fünffaches Experiment des *institutional engeneering*.<sup>68</sup> Sowohl die kommunalen Repräsentationsinstitutionen wurden nach Rolle und Funktionsweise tiefgreifend verändert, als auch die Landesinstitutionen, wie Landesparlamente und -regierungen, die nach westdeutschem Muster implementiert wurden. Auf nationaler Ebene waren die ostdeutschen Länder nun im Bundesrat vertreten und auch die restlichen nationalen Institutionen waren westdeutscher Herkunft.<sup>69</sup> In dem Maße, so Hellmut Wollmann et al., wie die Transformation in Ostdeutschland von der Integrationslogik der als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik vollzogenen nationalen Vereinigung bestimmt wurde und in der Triade von Institutionen, Personen- und Finanztransfer ihren wirkungsvollsten Hebel gehabt habe, erwies sie sich – im Vergleich zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas – als Sonderweg, der innerhalb der *vereinigungsbedingten Pfadabhängigkeit*, gegenüber jenen den Abstand noch vergrößert habe.<sup>70</sup> Ostdeutschland als Sonderfall gegenüber den anderen postsozialistischen Staaten ist daher auch für die internationale, vergleichende Forschung besonders interessant.<sup>71</sup>

Einige Forscher verschrieben sich der uneingeschränkten Kritik dieses Transfer-Prozesses: Zuweilen als „*Kolonialisierungstheoretiker*“ bezeichnet, sehen sie die Ostdeutschen um ihre individuellen Gestaltungs- und Handlungschancen gebracht und zu bloßen Objekten im Transformations- und Einigungsprozess degradiert.<sup>72</sup> Diese Einschätzung entstand einesteils deshalb, weil sich der Prozess ostdeutscher Institutionenbildung – rückblickend – wie ein Selbstläufer und ohne echte Alternativen darstellt. So manche ehemaligen Bürgerrechtler hegten Hoffnungen auf ein „besseres politisches System“, das sich vom westdeutschen etwa durch mehr Bürgerbeteiligung unterscheidet. Andernteils wurde kritisiert, dass die neuen öffentlichen Institutionen insbesondere auf Landesebene, so etwa Hans-Ulrich Derlien, im Wesentlichen mit Eliten aus Westdeutschland besetzt worden seien.<sup>73</sup> Dabei gelte folgende Regel: Je höher die Hierarchieebene,

---

67 Siehe etwa: U. Backes 2007.

68 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 261ff.

69 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 261ff.

70 Vgl. H. Wollmann/H.-U. Derlien et al. 1997.

71 Siehe etwa: R. Kollmorgen/H. Schrader 2003. Zur theoretischen Bedeutung des deutschen Falls für die Transformationsdebatte siehe: A. Pickel 1997. Zur Implementierung der Parteiensysteme, insbesondere postsozialistischer Parteien, siehe: I. Jörs 2007.

72 Siehe hierzu: R. Kollmorgen 2003.

73 Vgl. H.-U. Derlien 1998.

desto höher sei die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit Westdeutschen besetzt wurde.<sup>74</sup>

Dennoch: Das Gros der wissenschaftlichen Arbeiten bewertet die Übertragung der Institutionen durchaus als Erfolgsgeschichte – insbesondere im Vergleich mit anderen postsozialistischen Staaten.<sup>75</sup> Die fünf neuen Landtage wurden schnell errichtet und eigneten sich rasch einen wirkungsvollen Arbeitsstil an, absolvierten erfolgreich den Prozess der Verfassungsgebung, brachten stabile und handlungsfähige Regierungen ins Amt und kontrollierten diese verlässlich. Auch Gesetzgebungsverfahren funktionierten zuverlässig. Ebenso konnten die bewährten Bundesinstitutionen nach der Wiedervereinigung genauso weiterwirken wie zuvor.<sup>76</sup>

Im Jahr 1996 veröffentlichten Andreas Eisen und Hellmut Wollmann die Ergebnisse ihrer Untersuchung zum Transfer der politisch-administrativen Institutionen von West nach Ost aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive. Die Autoren zeigen, dass die soziokulturellen Gegebenheiten in Ostdeutschland gerade *nicht* zu bloßen Blaupausen westdeutscher Musterinstitutionen geführt haben, sondern dass die Institutionen durch ostdeutsche Bestimmungsfaktoren wesentlich geprägt seien.<sup>77</sup> Solche Spuren eigener Entwicklungspfade sind etwa in der Verwaltungspolitik der Bundesländer durch die Schaffung von Großkreisen oder die Beibehaltung öffentlicher Trägerschaft bei Altenheimen oder Kindereinrichtungen zu erkennen.<sup>78</sup> Wollmann et al. betrachten diesen Transformationsprozess und die „Institutionalisierungslogik“ dahinter zudem im Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern Mittelosteuropas.<sup>79</sup>

Werner J. Patzelt analysierte im selben Jahr die Implementierung des parlamentarischen Regierungssystems in Ostdeutschland, wobei er die Beziehung der ostdeutschen Abgeordneten zum parlamentarischen Regierungssystem und ihr Wissen über die Funktionslogik der Institutionen vergleicht und bewertet. Er geht davon aus, dass das „Funktionieren von Institutionen durchaus nicht invariant hinsichtlich des Wissens und Wollens derer, die sie betreiben, reproduzieren, reformieren oder ruinieren

---

74 Vgl. H.-U. Derlien 1998.

75 Zur ostdeutschen Institutionenbildung anhand der westdeutschen „Blaupausen“ siehe etwa: W. J. Patzelt 2011.

Vergleichend für die postsozialistischen Staaten siehe: D. M. Olson 2008.

76 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 262.

77 Vgl. A. Eisen/H. Wollmann 1996.

78 Vgl. H. Wollmann/H.-U. Derlien et al. 1997.

79 Vgl. H. Wollmann/H.-U. Derlien et al. 1997.

ist“.<sup>80</sup> Falsches Bewusstsein für die Funktionslogik der Institution, kann schließlich nicht nur die internen Abläufe stören, sondern ihre Stabilität insgesamt gefährden. „[Wenn] die Funktionslogik eines eingerichteten Regierungssystems von vornherein mißverstanden wird, ist in jedem Fall die Gefahr groß, daß untaugliche Verbesserungsversuche attraktiv und alsbald unternommen werden.“<sup>81</sup> In Ostdeutschland liegt die Sondersituation vor, dass Politiker für die Nutzung und Aufrechterhaltung der parlamentarischen Regierungssysteme verantwortlich sind, welche vor allem durch die Glücksumstände des Zusammenbruchs der DDR, bisweilen durch Zufall, sehr selten aber durch eine in langen Jahren praktisch geschulte politische Berufung in ihre Ämter geführt wurden.<sup>82</sup> Während die praktische Funktionslogik des parlamentarischen Systems implementiert worden und der Dualismus von Regierung und Parlament durchgesetzt worden sei, fehle es an systematisch-reflektierter Akzeptanz seitens ihrer Protagonisten. Bei vielen in Patzels Studie befragten Abgeordneten sei ein Verständnis ausgeprägt, welches eher für ein präsidentielles Regierungssystem spreche. Bei manchen zeigten sich etwa in der Befürwortung einer stärkeren Opposition bei gleichzeitiger Höherschätzung des präsidentiellen Regierungssystems Inkonsistenzen.<sup>83</sup>

Im Jahr 2011 veröffentlichte Werner J. Patzelt einen weiteren Beitrag über die Anhand von westdeutschen „Blaupausen“ vollzogene Institutionenbildung in Ostdeutschland. Unter der Perspektive des *Evolutorischen Institutionalismus*<sup>84</sup> deckt Patzelt Pfadabhängigkeiten auf, identifiziert die verhandelbaren und weniger verhandelbaren Schichten der Institutionenarchitektur und zeigt den Einfluss westdeutscher Parteien und Eliten, welche als Überträger westdeutscher (politisch-)kultureller Muster fungierten. Durch die Zuteilung eines westdeutschen Partnerstaates, der beratende, finanzielle oder technische Hilfe bieten sollte, beeinflussten auch Personen als Vermittler des „richtigen“ Inhalts von Gesetzen und Verordnungen oder des normalerweise durchzuführenden Prozederes innerparlamentarischer Prozesse den ostdeutschen Institutionenaufbau. Das machte sie zu fortdauernd wirksamen Vermittlern westdeutscher „Blaupausen“ für ostdeutsche Institutionen und führte auch dazu, dass ostdeutsche Abgeord-

---

80 W. J. Patzelt 1996, S. 58.

81 W. J. Patzelt 1996, S. 59.

82 Vgl. W. J. Patzelt 1996, S. 59.

83 Vgl. W. J. Patzelt 1996, S. 63.

84 Siehe hierzu das von Werner J. Patzelt herausgegebene Sammelwerk zu Theorie und Anwendungsbeispielen des Evolutorischen Institutionalismus: W. J. Patzelt 2007a.

nete relativ verlässlich als Abgeordnete westdeutschen Typs sozialisiert wurden.<sup>85</sup> All dies gab schließlich dem parlamentarischen Leben seine Struktur und Stabilität.<sup>86</sup> Dennoch wird auch Kritik an diesem Prozess geäußert: Es habe kaum Spielräume für eigenes institutionelles Lernen mit Versuch und Irrtum gegeben; es sei das Gefühl genährt worden, es handle sich um einen aufgezwungenen Prozess, was schließlich zu Vorbehalten und einem gewissen Grad an Entfremdung der Parlamentarier und der Ostdeutschen gegenüber dem neuen politischen System geführt habe. Dies findet auch Ausdruck darin, dass die losen Enden der Funktionskette, wie Wahlkreisarbeit und gesellschaftliche Vernetzung der Parlamentarier, weniger gut funktionieren oder manche Kernbereiche des parlamentarischen Regierungssystems, wie die Fraktionsdisziplin, auf Ablehnung stoßen.<sup>87</sup>

Im Zusammenhang mit der ostdeutschen Institutionenbildung befassen sich einige Autoren auch dezidiert mit dem Parteientransfer. Da die meisten Parteien ebenfalls als Blaupausen westdeutscher Parteien in den ostdeutschen Bundesländern implementiert wurden, ist deren nominelle Gliederung der Parteiorganisation in weiten Teilen gleich. Neben des organisatorischen Aufbaus, fallen allerdings, so Markus Guhl, signifikante Unterschiede auf, die auf die (gesellschaftlichen) Rahmenbedingungen zurückzuführen sind. Etwa waren die Kreisverbände, die sich an den Verwaltungskreisen orientierten, aufgrund der geringen Mitgliederdichte zu klein für die effektive politische Arbeit. Die geringe Mitgliederzahl hatte auch Auswirkungen auf die horizontale Gliederung und die thematische Fokussierung in den Arbeitsgruppen. Wenige Mitglieder ermöglichen zudem nur eine begrenzte Zahl an Parteiaktivitäten und Engagement an der Parteibasis.<sup>88</sup>

Derartige Analysen sind in der vorliegenden Arbeit insbesondere für die Analyse der Entwicklung ostdeutschen Gemeinsinns, verstanden als die Aneignung gemeinsamer Wissensbestände und Deutungsstrukturen, relevant.

---

85 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 270.

86 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 281.

87 Vgl. W. J. Patzelt 2011, S. 282.

88 Vgl. zur Struktur der Parteien in den neuen Ländern: M. Guhl 2000.

iii. Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen

Der Wiedervereinigungsprozess ist von der empirischen Sozialforschung kontinuierlich untersucht und fast lückenlos dokumentiert worden. Zahlreiche Querschnittsbefragungen geben Aufschluss über Wendeerwartungen, Vorstellungen von Demokratie und Parlamentarismus, Institutionenvertrauen, präferierte politische Partizipationsformen oder Überbleibsel der DDR-Sozialisation.<sup>89</sup> Die Besonderheiten ostdeutscher Einstellungen und Werte werden zumeist als Vergleich mit jenen der westdeutschen Bürger untersucht, wobei nicht selten die Grunderwartung herauszulesen ist, die Ostdeutschen müssten sich über kurz oder lang mit ihrer Werthaltung an die Westdeutschen anpassen. Andernfalls wurden sie als defizitär und rückständig eingestuft. Beispielhaft hierfür ist die Frage, ob Freiheit oder Gleichheit Vorrang in der Wertehierarchie hätten. Mitte der 1990er Jahre entschieden sich 56 Prozent der Westdeutschen, aber nur 35 Prozent der Ostdeutschen für die Freiheit. Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei der Frage nach der Bewertung von Gleichheit: 47 Prozent der Ostdeutschen setzten sie an die erste Stelle, in Westdeutschland waren dies nur 28 Prozent.<sup>90</sup> Zum Sinn und Zweck solcher Gegenüberstellungen schreibt André Brie etwas polemisch: „Abgesehen von der Frage, ob die Gegenüberstellung von Gleichheit und Freiheit nicht von vornherein zur Bestätigung eines Vorurteils gedacht war, werden die Antworten gerade von konserva-

---

89 Hier sind insbesondere die großen Umfrageinstitute wie das Institut für Demoskopie Allensbach zu nennen, die in ihren Umfragen zwischen Ost und West unterscheiden. Ebenso hilfreich sind die ALLBUS-Daten, die etwa alle zwei Jahre Aufschluss über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland geben.

Aufschlussreich sind ebenso die Studien zum Leben in der DDR/Ostdeutschland, die 1990 und 1991 vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin konzipiert und durchgeführt wurden und nachfolgend von der Empirisch-Methodischen Arbeitsgruppe (EM-MAG) am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) weitergeführt wurden. Das SFZ liefert auch seit 1992 den Sozialreport zur Lage in den neuen Bundesländern. Online verfügbar unter: <https://www.sfz-ev.de/sozialreporte%20nach%20jahren.htm>, zuletzt geprüft am 29.11.2018.

Eine Besonderheit ist die Sächsische Längsschnittstudie, die seit 1987 kontinuierlich eine Stichprobe junger Ostdeutscher auf ihrem Weg vom DDR- zum Bundesbürger begleitet. Zum Zeitpunkt der 30. Welle (2017) waren die Teilnehmer ca. 45 Jahre alt. Damit zählt die Studie zu den weltweit am längsten andauernden sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Rund 400 Befragte nehmen jährlich an der Studie teil, was die Aussagekraft der Ergebnisse sichert.

90 Vgl. hierzu: R. Köcher/E. Noelle-Neumann 1997.

tiven ‚Denkfabriken‘ wie dem Allensbacher Institut für Demoskopie gern als Totschlagargument benutzt. ‚Eine einzige Freiheit wird in den neuen Ländern höher geschätzt als in den alten: die Freiheit von finanziellen Risiken, sei es bei Krankheit, Not oder Arbeitslosigkeit‘, schrieb Renate Köcher, Leiterin des Allensbacher Instituts in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.<sup>91</sup>

Das Freiheitsstreben der ostdeutschen Bevölkerung richte sich hiernach nur weniger auf die Bürgerfreiheit gegen staatliche Begrenzungen, sondern auf die Absicherung gegen Risiken und Sorgen der Existenz.<sup>92</sup> Elisabeth Noelle-Neumann meinte 2004 – ebenfalls in der *FAZ* – dass die Ostdeutschen weder verstanden hätten was Demokratie sei, noch erkannt hätten, dass Freiheit vor allen anderen Werten Priorität habe.<sup>93</sup>

Besonders die anlässlich der runden Jahrestage der Wiedervereinigung veröffentlichten Studien zum Werteangleich zwischen Ost und West, finden bis heute mediale Aufmerksamkeit: „Noch immer große Unterschiede zwischen Ost und West“, titelte die *FAZ* im 25. Jahr nach der deutschen Einheit. Neben der geringeren Wirtschaftskraft, Vermögenswerten oder Erbschaften, zeichne sich hinsichtlich der negativeren Einstellung gegenüber Migranten oder geringerer politischer Partizipation ziemlich exakt die alte Grenze ab.<sup>94</sup>

Unter den langfristig angelegten Studien ist besonders jene von Helmut Klages und Thomas Gensicke hervorzuheben. Sie verglichen als eine der wenigen Forscher systematisch den Wertewandel in der BRD und der DDR seit den 1950er Jahren. Ihre Arbeit gibt Aufschluss darüber, ob und wann nach der Gründung beider Staaten ein Wertewandel stattgefunden hat und ob bzw. wann von einer zunehmenden Entfremdung ausgegangen werden könne. Sie arbeiten damit ein Forschungsdefizit auf, das in der systematischen Rekonstruktion insbesondere der Strukturen der DDR-Gesellschaft, den biografischen Besonderheiten und Wertestrukturen liegt. Dass Aussagen über die Mentalität der DDR-Bürger bzw. über deren Wandlungen schwierig sind, liegt freilich an dem Umstand, dass es zwar in der DDR eine Umfrageforschung gab, diese aber wegen fehlender Repräsentativität und zu wenig interpretierbaren Indikatoren relativ wenig

---

91 A. Brie 2005, S. 218.

92 A. Brie 2005, S. 218.

93 Elisabeth Noelle-Neumann, zit. in A. Brie 2005, S. 218.

94 Noch immer große Unterschiede zwischen Ost und West (2015). In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.07.2015. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ost-west-unterschiede-nach-wiedervereinigung-deutschlands-13715180.html>, zuletzt geprüft am 30.11.2018.

hergeben.<sup>95</sup> Konzepte und Fragestellungen waren politisch festgelegt, die Antworten waren durch das Klima des Misstrauens und der Antizipation „richtiger Antworten“ geprägt und wurden außerdem geheim gehalten. Quantitative empirische Erhebungen durch westdeutsche Forscher waren unmöglich, ebenso wie deutsch-deutsche oder internationale Vergleichsstudien.<sup>96</sup>

Klages und Gensicke konstatieren, dass sich die Wertorientierungen auseinanderentwickelten, jedoch erst seit den 1960er Jahren.<sup>97</sup> Ein Unterschied ergab sich daraus, dass die nachwachsende Generation der BRD die Frage der freien Entfaltung des Einzelnen und die Mitbestimmung über die Frage der Ökonomie und Stabilität der Gesellschaft gestellt hatte. Die DDR beruhte auf einem Kulturmodell, das zwischen Tradition und Moderne vermitteln wollte. Das Menschenbild der allseitig entwickelten Persönlichkeit war zwar in Grenzen offen für die individuelle Selbstentfaltung. Für das praktische Leben wurde es vor allem dadurch wichtig, dass sich die Emanzipation der Menschen im Rahmen von Verantwortungsrollen vollzog, z. B. in der Arbeitswelt, in die Frauen und Jugend umfassend einbezogen wurden.<sup>98</sup>

Heiner Meulemann befasst sich bereits fünf Jahre nach der Wiedervereinigung umfassend mit Werten und Wertewandel bzw. der Identität der wiedervereinigten Nation. Immer noch blieben Werte und Einstellungen aufgrund abweichender Sozialisationserfahrungen auf „konstanter Distanz oder bewegen sich auseinander“.<sup>99</sup> Die Realisierung von Gleichheit werde in Ostdeutschland pessimistischer beurteilt als in Westdeutschland. Staatlich garantierte Gleichheit habe im Westen weniger Anhänger als im Osten; im Westen hingegen stehe die Selbstentfaltung vor Gleichheit. Westdeutsche neigten der Gleichheit der Chancen, Ostdeutsche der Gleichheit der Leistung stärker zu.<sup>100</sup> Zudem hätten sich die Ostdeutschen ein unbedingtes Leistungsverständnis behalten: Die moralisch gratifizierte Mehrarbeit für die Realisierung des Plans sei „Leistung“ im spezifischen Sinn der DDR und immer noch in den Einstellungen der Ostdeutschen verbreitet.<sup>101</sup> Die Ausprägungen bestimmter Wertevorstellungen wurden von Meulemann nochmals im Jahr 2004 untersucht, wobei er abermals

---

95 Siehe hierzu: T. Gensicke 2013.

96 Vgl. O. W. Gabriel 2000, S. 23.

97 Vgl. H. Klages 1993.

98 Vgl. T. Gensicke 2013.

99 H. Meulemann 1996, S. 7.

100 Vgl. H. Meulemann 1996, S. 288f.

101 Vgl. H. Meulemann 1996, S. 288f.

eine „innere Mauer“ attestierte:<sup>102</sup> Innerhalb der Teilhabe an der Politik falle der Osten bei der Bereitschaft zur Mitarbeit, dem Vertrauen in die Demokratie und der subjektiven Wichtigkeit der Politik hinter den Westen zurück.<sup>103</sup> Ob institutionell vorgeprägt oder diffus – auch religiöse Praktiken und Überzeugungen seien durchgängig im Westen stärker als im Osten.<sup>104</sup>

Detlef Pollack widmet sich der Frage, warum – trotz höherem Lebensstandard seit Mitte der 1990er Jahre – die Akzeptanz von Marktwirtschaft und Demokratie im Osten rückläufig sei. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Vertrauensverlust in das westliche Institutionensystem vor allem auf die soziale Ungleichheit zwischen Ost und West sowie die fehlende Anerkennung der Ostdeutschen als Bevölkerungsgruppe zurückzuführen ist.<sup>105</sup> Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung untersuchen auch Kai Arzheimer und Markus Klein den Angleichungsprozess der Wertorientierungen in den beiden Teilpopulationen. Dabei differenzieren sie zwischen den Hochgebildeten der 89er Generation und den weniger Gebildeten: Bei Ersteren könne man nun eine fast vollständige Angleichung feststellen, letztere wiesen erhebliche Defizite bei der demokratischen Sozialisation auf.<sup>106</sup> Benjamin Höhne stellt in seiner auf 15 Jahre deutsche Wiedervereinigung zurückblickenden Arbeit fest, dass sich in Ostdeutschland bisher keine von den ökonomischen Leistungen des Systems unabhängige Zufriedenheit mit der Demokratie oder gefestigtes Vertrauen in die Institutionen nachweisen lasse.<sup>107</sup> Der auch in anderen Arbeiten immer wieder empirisch herausgearbeitete Umstand, nachdem die Ostdeutschen noch immer unzufriedener mit dem politischen System seien als die Westdeutschen, wurde von den Forschern auf verschiedene Ursachen zurückgeführt: Sozialisationsunterschiede, sozioökonomische Differenzen, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten etc.<sup>108</sup>

Auch das Sammelwerk von Hannes Bahrmann und Christoph Links zeichnet für den Beobachtungszeitraum 1994 bis 2005 ein eher pessimistisches Bild der deutschen Wiedervereinigung: Die Autoren setzen sich jedoch kritisch mit Anspruch und Realität der deutschen Einheit ausein-

---

102 Siehe hierzu: H. Meulemann 2004.

103 Vgl. H. Meulemann 1996, S. 334.

104 Vgl. H. Meulemann 1996, S. 347.

105 Vgl. D. Pollack 1997.

106 Siehe hierzu: K. Arzheimer/M. Klein 2000.

107 Siehe hierzu: B. Höhne 2006.

108 Siehe hierzu exemplarisch: W. Hinrichs/R. Nauenburg 2005. Oder auch: S. Pickel/D. Walz/G. Pickel 1998.

ander und hinterfragen, warum der Aufbau Ost als Nachbau West nicht gelingen konnte und worin noch immer die mentalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland liegen.<sup>109</sup> „Die einen sehen die Ursachen in der Mentalität der nostalgischen, obrigkeitsextrahierten Ostler, die zu eigenem Handeln nicht fähig seien, die anderen verweisen auf eine kolonialistische Übernahme durch den Westen, was zur Zerstörung einer Lebensgrundlage des Ostens geführt habe.“<sup>110</sup>

In Bezug auf Einstellungs- und Werteforschung ist auch das durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützte Projekt Oskar W. Gabriels und Jürgen Falters „Politische Einstellungen und politische Partizipation im vereinigten Deutschland: Ein Langfristvergleich von Determinanten und Konsequenzen“ zu nennen, das über die Struktur und die Entwicklungen des Verhältnisses der Ost- und Westdeutschen zur Politik aufklärt.<sup>111</sup> Die Studie war als Dreiwellenpanel über die Jahre 1994, 1998 und 2002 angelegt, in deren Rahmen Daten zur Zufriedenheit mit dem politischen System, zur Unterstützung der politischen Gemeinschaft, zur Unterstützung der Demokratie oder zur Bindung an die ehemalige DDR gesammelt wurden.<sup>112</sup> So zeigten sich etwa bei der Bereitschaft zur Hinnahme einer Diktatur große Ost-West-Unterschiede; nicht einmal die Hälfte der Ostdeutschen sprach sich 1994 und 1998 konsequent gegen eine Diktatur aus. Ebenso zeigten sich bei einem großen Teil der Bürger der neuen Bundesländer Brüche in der Einstellung zur Demokratie: In Westdeutschland identifiziert sich die Bevölkerung mit dem Symbol Demokratie, genauso wie mit ihren Strukturmerkmalen. In Ostdeutschland hingegen manifestierten sich die positiven Aspekte der Demokratie primär in den einzelnen Attributen einer demokratischen Ordnung.<sup>113</sup>

In seinem 2007 veröffentlichten Sammelband zu einer Längsschnittstudie von 1987 bis 2006 stellte Peter Förster fest, dass zwar nur eine Minder-

---

109 Siehe hierzu u.a. die Beiträge von R. Land/A. Willisch, R. Reißig oder A. Brie im Sammelwerk: H. Bahrman/C. Links 2005a.

110 H. Bahrman/C. Links 2005b, S. 9.

111 Siehe hierzu das von 2002 bis 2005 geförderte Projekt zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation im vereinigten Deutschland: Deutsche Forschungsgemeinschaft: Politische Einstellungen und politische Partizipation im vereinigten Deutschland: Ein Langfristvergleich von Determinanten und Konsequenzen. 2002–2005. Online verfügbar unter <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/5140302>, zuletzt geprüft am 30.11.2018. Daraus entstand u.a. folgende Publikation: O. W. Gabriel/J. Falter/H. Rattinger 2005.

112 Vgl. O. W. Gabriel/J. Falter/H. Rattinger 2005.

113 Vgl. O. W. Gabriel 2000, S. 49.

heit die Einheit an sich infrage stelle, dennoch bezweifele eine Mehrheit, dass die Ziele der friedlichen Revolution erreicht worden seien.<sup>114</sup> Das Ziel einer wirtschaftlichen Einheit werde beispielsweise immer weiter in die Zukunft verschoben und damit zu einer Utopie. Das gegenwärtige Gesellschaftssystem – mit den Teilmengen Demokratie, Sozialpolitik, Familienpolitik, Lohnpolitik – betrachteten die Probanden zunehmend kritischer; die Partizipationsbereitschaft sinke stetig, ebenso das Vertrauen in die politischen Parteien. Der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger sei noch nicht abgeschlossen und somit die politische Identifikation mit der Bundesrepublik nur schwach ausgeprägt. In sozialer Hinsicht schneide die DDR mit zunehmender Distanz zur Wiedervereinigung sogar immer besser ab. Damit stellt Förster fest, dass die erfahrene Sozialisation bis heute Auswirkungen habe. Dieser Einschätzung stimmt auch Klaus Schröder in seinem Rückblick aus dem Jahr 2009 zu: Obschon die Finanztransfers Ostdeutschland Wohlstand gebracht hätten, existierten in der Bundesrepublik immer noch zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Mentalitäten und Verhaltensweisen.<sup>115</sup>

Wenige Arbeiten befassen sich indes mit den aufgrund der unterschiedlichen Sozialisations Hintergründe gewachsenen alltagskulturellen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen. Nach Hendrik Beth sei Westdeutschland mittelständisch und amerikanisch, der Osten hingegen deutsch-bürgerlich und proletarisch geprägt. Ausgehend von Wolf Wagners These des Kulturschocks, arbeitet der Autor alltagskulturelle Unterschiede in der Weltanschauung, Arbeitseinstellung und alltagsrelevanten Themen heraus.<sup>116</sup> Dabei bestätigt er die Auffassung Wagners von der Wiedervereinigung als Kulturschock im Kern, die Befunde weisen jedoch eine Tendenz in Richtung „innere Einheit“ auf.

In der Gesamtschau zeigt der Querschnitt durch die Studien die größten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Einstellungen zu Freiheit und Gleichheit, Marktwirtschaft, Demokratie, Selbstentfaltung, Leistung, Arbeit, der Ausprägung der Religiosität oder des Institutionenvertrauens auf. Für die vorliegende Arbeit sind diese Befunde äußerst aufschlussreich, denn diese werden annäherungsweise als Indikatoren der ausfindig zu machenden Transzendenz- und Gemeinssinnsressourcen dienen

---

114 Siehe: P. Förster 2007, S. 100ff.

115 Siehe hierzu: K. Schröder 2009.

116 Siehe: H. Berth 2009.

können.<sup>117</sup> Die von einigen Instituten seit Jahrzehnten immer wieder verwendeten Indikatorfragen geben Aufschluss darüber, wie Transzendenz- und Gemeinssinnsressourcen im Vorstellungsraum der Bevölkerung untereinander zusammenhängen und wie sie mit den sozialen Merkmalen ihrer Träger zusammenhängen.<sup>118</sup>

#### iv. Jugendsurveys

Eine bedeutende Teilmenge der Einstellungs- und Wertestudien widmet sich der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, deren Lebensläufe durch die Wiedervereinigung in ganz unterschiedlichen Phasen beeinflusst worden sind. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob sich die politischen Einstellungen der Jugendlichen in Ost- und West angenähert hätten bzw. welchen Einfluss eine noch in der DDR erfahrene Sozialisation gegenüber der Sozialisation der Nachwende-Geborenen auf die Einstellung gegenüber dem politischen System haben.

Wolfgang Gaiser et al. gehen in ihrer von 1992 bis 2003 durchgeführten Interviewstudie der Frage nach, ob sich die politischen Einstellungen der Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland angenähert oder auseinanderentwickelt hätten. Erfragt werden: das Interesse an Politik, das Ausmaß der Zustimmung zum politischen System, also die Akzeptanz der Demokratie und ihrer Grundprinzipien, die Bewertung der Leistung der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht sowie das Vertrauen in die politischen Institutionen und Akteure. Schließlich wird auch der Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Idee der Demokratie und der Bewertung der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik gelebt wird, erfasst.<sup>119</sup> Zentrale Ergebnisse sind einerseits die geringere Demokratiezufriedenheit ostdeutscher Jugendlicher und andererseits Angleichungseffekte, wie die Verringerung der Ost-West-Unterschiede beim Institutionenvertrauen. Die These, wonach sich die politischen Einstellungen der nachwachsenden Generation durchgängig und kontinuierlich an die im Westen annähernden fand keine Bestätigung. Großer Einfluss wurde wiederum dem Alter und dem Bildungsgrad attestiert: Junge Menschen ohne Abitur, die mit

---

117 Vgl. TU Dresden 2008, Forschungsantrag des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinssinn“, S. 6.

118 Vgl. TU Dresden 2008, Forschungsantrag des SFB 804 „Transzendenz und Gemeinssinn“, S. 6.

119 Siehe: W. Gaiser/M. Gille/J. de Rijke/S. Sardej-Biermann 2005, S. 163.

ihren Lebensumständen unzufrieden seien und die Verteilung des Wohlstandes als ungerecht empfinden, seien auch zunehmend unzufriedener mit der Demokratie.<sup>120</sup> Ein von Dietmar Sturzbecher herausgegebenes Sammelwerk befasst sich mit der Auswertung einer 1991 begonnenen Zeitreihenstudie über Wertorientierungen, Einstellungen und Zukunftserwartungen von Jugendlichen in Brandenburg. Diese entsprächen – entgegen den immer noch skeptischen Stimmen – eben gerade nicht mehr den alten Klischees: Es sei vielmehr so, dass die Jugendlichen, insbesondere seit der Jahrtausendwende, viel optimistischer in die Zukunft blickten.<sup>121</sup> Der Anteil der politikverdrossenen Jugendlichen in Brandenburg sei rückläufig und deren Einstellung zur Politik sei positiver geworden. Dennoch sinke die politische Partizipationsbereitschaft zwischen 2005 und 2010, wobei jedoch nicht einbezogen wurde, dass sich politische Partizipation teils in das Internet verlagert hat.<sup>122</sup>

Ebenso aufschlussreich sind jene Studien, die denselben Personenkreis in bestimmten Zeitabschnitten immer wieder befragen. Die soziologische Längsschnittstudie von Hendrik Berth et al. wertet von 1987 bis 2012 die Daten von ca. 500 Probanden des Geburtsjahres 1973 aus. Bei den noch vollständig in der DDR sozialisierten, also über ein Jahrzehnt durch das Erziehungs- und Bildungssystem der DDR geprägten Probanden wurden die langfristigen Veränderungen von Lebensorientierungen, Zukunftserwartungen, politischen Einstellungen sowie die Bindung an die DDR und den Sozialismus erfasst und ausgewertet.<sup>123</sup> Dabei wurde fortlaufend die Forschungsfrage gestellt, „wie die Teilnehmer mit der jeweiligen gesellschaftlichen Situation zurechtkommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in der neuen Gesellschaftsordnung auch eine politische Identifikation mit dieser entsteht und welche Einflussfaktoren eine Identifikation fördern bzw. hemmen“.<sup>124</sup>

---

120 Vgl. W. Gaiser/M. Gille/J. de Rijke/S. Sardej-Biermann 2005, S. 163.

121 Siehe hierzu das Sammelwerk von D. Sturzbecher 2012.

122 Siehe hierzu die Arbeit von U. Zehrt/M. Feist 2012 zum Interesse und Beteiligung der Jugendlichen am politischen Leben im o.g. Sammelwerk.

123 Siehe H. Berth et al. 2007 oder auch H. Berth/G.-W. Bathke/P. Förster 2012.

124 Förster, Peter et al. 2007, S. 10.